

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Beileid zum Tode des ersten chinesischen Botschafters**

Ende 1977 starb der erste Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik, Wang Yü-t'ien. Wegen einer Erkrankung hatte Wang seinen Posten in Bonn schon 1974 aufgeben müssen.

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Äußeren, übermittelte dem chinesischen Außenminister Huang Hua zu diesem Trauerfall seine Anteilnahme.

WESTEUROPA

(2) **Besuch des französischen Ministerpräsidenten in Peking**

Raymond Barre hat vom 19. bis 24. Januar die VR China besucht.

Während der ersten drei Tage traf er in Peking mit zahlreichen chinesischen Politikern zusammen, u.a. mit Hua Kuo-feng und Teng Hsiao-p'ing. In diesem Zusammenhang wurde von den Außenministern beider Länder, Huang Hua und de Guiringaud, ein zunächst auf fünf Jahre befristetes Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Es handelte sich dabei um die erste derartige Vereinbarung, die Peking mit einem westlichen Lande abgeschlossen hat. Außerdem wurde der französischen Industrie von der Volksrepublik eine "Vorzugsbehandlung" bei Angeboten gleicher technischer Qualität und gleichem Preis zugesagt. Schließlich erklärte Frankreich seine Bereitschaft, der Volksrepublik beim Bau von Kernkraftwerken Unterstützung zu leisten.

Das Wissenschaftsabkommen bezieht sich auf Projekte, die in beiden Ländern vorangetrieben werden, darunter Tiergenetik, medizinische Kräuter, Computeranlagen und -programme, Fernmeldewesen und geologische Exploration.

Hua Kuo-feng nahm die Einladung Barres zu einem Besuch in Frankreich an.

Was die Einstellung beider Staaten zu den großen internationalen Fragen anbelangt, so zeigte sich sowohl bei der Bankettrede als auch bei den folgenden Gesprächen ein bedeutsamer Unterschied. Während die chinesische Seite ihre bekannte These wiederholte, daß ein Weltkrieg unvermeidbar sei und daß deshalb auch von Frankreich der Verteidigungsfall vorbereitet werden müsse, betonte Barre, daß Frankreich in erster Linie auf die Entspannung hinarbeite. Nur die globale Entspannung könne zu einem besseren

Verständnis zwischen den Völkern führen und die Kriegsgefahr mindern (NCNA, 21.1.78).

Wie Peking sich Frankreich idealiter vorstellt, wird in einem Artikel der JMJP (NCNA, 21.1.78) deutlich. Frankreich habe seit den sechziger Jahren, als General de Gaulle an der Spitze des Staates stand, eine unabhängige Verteidigungspolitik verfolgt. Seit 1974, als Giscard d'Estaing Präsident wurde, habe Frankreich seine Strategie stets den sich wandelnden objektiven Bedingungen angepaßt, indem es die ursprüngliche "Azimut"-Strategie zugunsten einer Politik der "Erweiterung des Schutzgebietes" und des "Kampfes an vorderster Front" aufgab. Die Azimut-Strategie lief darauf hinaus, daß Frankreich "Angriffe aus jeder Richtung zurückschlagen" werde, ganz gleich, ob sie aus dem Osten (der Sowjetunion) oder vom Westen (den USA) kommen. Angesichts der wachsenden Stärke der Sowjetunion betrachte Frankreich heutzutage nicht mehr nur sein eigenes Staatsgebiet, sondern auch Westeuropa und die übrige Nachbarschaft als ein "militärisches Ganzes". Deswegen müsse es seine Verteidigung in Mitteleuropa, aber auch bereits im Mittelmeerraum einsetzen lassen. Konsequenterweise habe es nunmehr, den Einkreisungsanstrengungen der Sowjetunion folgend, die Streitkräfte im Mittelmeer verstärkt, indem es einige seiner im Atlantik befindlichen Kriegsschiffe ins Mittelmeer umdirigierte.

Lobenswert an der französischen Strategie sei weiterhin die Schaffung eines unabhängigen Kernwaffenarsenals. Frankreich habe es sich lobenswerterweise geweigert, dem partiellen Kerntestverbotabkommen und dem Vertrag über die Verhinderung nuklearer Proliferation beizutreten und bestehe stattdessen darauf, eigene Kernwaffen zu entwickeln. Gleichzeitig habe Frankreich den Aufbau seiner konventionellen Streitkräfte nicht vernachlässigt und seine Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Ländern verbessert. Ganz besonders habe es sich bisher nicht durch die Abrüstungsschälmeien der beiden Supermächte einlullen lassen.

Frankreich wird also alles in allem dafür gelobt, daß es - ganz antihegemonistisch eingestellt - kräftig Verteidigungsvorbereitungen treibe und dabei auf eigenen Beinen stehe. Über die schwachen Verbindungen zur NATO gab JMJP keinen Kommentar ab! Es ist bekannt, daß die Chinesen am liebsten eine eigene, von den USA unabhängige Streitmacht nach dem Schema der alten EVG in Europa wünschten!

Über die bilateralen Beziehungen weiß Hsinhua (NCNA, 19.1.78) nur Positives zu berichten. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Jahre 1964 hätten die Kontakte auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet ständig zugenommen.

Der Besuch Pompidous im Jahre 1973 habe diese Tendenz weiter verstärkt

Beide Gesprächspartner waren sich vor allem darin einig, daß eine "Bipolarisierung der Welt" vermieden werden müsse.

Die Reise des Wirtschaftsfachmanns Barre war aber weniger durch politische als vielmehr durch wirtschaftliche Überlegungen bestimmt. Was damit gemeint ist, geht aus einem Le Monde-Artikel vom 17.1.1978 hervor: Die mittelgroßen und kleineren französischen Unternehmen seien auf dem chinesischen Markt nicht präsent. Im vergangenen Oktober habe der Außenminister der Bundesrepublik Genscher, in Begleitung mehrerer Dutzend Geschäftsleute eine Reise nach Peking angetreten. Solle Frankreich diesem Beispiel hier zurückstehen?

Der französische Chinahandel war im Jahre 1977 mit 500 Mio.Frs. auf etwa ein Drittel seines noch im Vorjahr erzielten Umfangs zurückgefallen. Diesen Einbruch wieder wettzumachen, dürfte eines der ganz vorrangigen Ziele der Visite Barres gewesen sein. Was die französischen Lieferungen anbelangt, so dürften darunter auch Waffen und Waffensysteme einen nicht unerheblichen Anteil ausmachen, obwohl Barre bei seiner Pressekonferenz in Peking betonte, rüstungstechnische Fragen hätten bei den Gesprächen nur eine beiläufige Rolle gespielt. Französische Waffen sind für China von Interesse, wie bereits bei dem Austausch militärischer Delegationen zwischen beiden Ländern im Jahre 1977 deutlich wurde. Peking hat aber auch an Chemie- und Düngemittelfabriken sowie, wie bereits erwähnt, an Kernkraftanlagen Interesse.

AFRIKA UND NAHOST

(3) Moskau: China liefert über Pakistan Waffen an Somalia

Der TASS-Korrespondent aus Bangkok berichtet, daß, laut Gerüchten in der thailändischen Hauptstadt, die VR China sich an die pakistanischen Behörden mit der Bitte gewandt hätte, ihr die Möglichkeit zu geben, Waffen durch das Territorium Pakistans nach Somalia zu liefern. Chinesische LKW-Kolonnen hätten "in den Nachtstunden Waffen zu einem der pakistanischen Zielpunkte geschafft; von dort werden diese Waffen auf Schiffe verladen und zur weiteren Verbringung nach Somalia abgefertigt" (BPA/Ostinfo, 11.1.78).

Diese Angaben sind allzu verschwommen, als daß sie glaubhaft sein könnten. Als Straße, auf der sich zu Land Waffen antransportieren lassen, wäre höchstens die Verbindung von Tibet nach Karachi denkbar. Warum aber dieser gewaltige Umweg? Wäre es nicht sinnvoller gewesen, pakistanischen Schiffen die Waffen bereits in chinesischen Seehäfen anzuvertrauen, statt sie erst über Tausende von Kilometern schwieriger Pisten ins Hochland von Tibet und von dort wieder nach Pakistan zu bringen?

Der TASS-Korrespondent teilt ferner mit, daß "in der afrikanischen Presse" Meldungen erschienen seien, daß Flugzeuge der PIA (Pakistan International Airlines) chinesische Waffen nach Somalia transportiert hätten. Die pakistanischen Behörden hätten jedoch entsprechende Meldungen dementiert.

Umgekehrt beschuldigt Peking die Sowjets der "anhaltenden Entsendung von hochentwickelten sowjetischen Waffen und von Militärpersonal nach dem Horn von Afrika auf dem Luft- und Seewege". Die Sowjetunion habe tausend Mann und Kuba rund zweitausend bis dreitausend Mann in die Region entsandt. Außerdem habe Moskau Militärausrüstungen im Wert von fast 1 Mrd.US\$ in dieses Gebiet geliefert. Die gesamte Aktion werde überdies durch einen eigens zu diesem Zweck aufgelassenen militärischen Aufklärungssatelliten überwacht (NCNA, 26.1.78)

ASIEN

(4) Teng Hsiao-p'ing besucht Birma

Während General Ne Win, der Staatspräsident von Birma, der VR China seit 1971 schon viermal einen Besuch abgestattet hat, haben die Chinesen bisher erst zweimal auf höchster Ebene geantwortet: 1977 besuchte die Witwe Chou En-lais, Teng Ying-chao, den südostasiatischen Nachbarstaat, mit dem China 2000 km Grenze gemeinsam hat, und nunmehr hat sich Teng Hsiao-p'ing selbst auf die Reise nach Rangun gemacht. Dieser Visite kommt in mehrfacher Hinsicht Bedeutung zu: Erstens einmal ist der derzeitige Besuch Tengs seine erste Auslandsvisite, seit er zuletzt 1975 Frankreich besucht hatte und dann gestürzt worden war.

Zweitens hat Teng klargemacht, daß er auch in der Außenpolitik ein gewichtiges Wort mitreden möchte, ja, daß er - auf den Spuren Chou En-lais - als Chefdiplomat Pekings anerkannt sein will. Möglicherweise erfolgt die Visite nicht zufällig am Vorabend des 5.Nationalen Volkskongresses.

Drittens aber mag der hochkarätige Besuch auch als Auftakt einer neuen Politik gegenüber Birma angesehen werden. Peking hatte bisher seinem südlichen Nachbarn gegenüber stets eine Doppelstrategie verfolgt, insofern einerseits die Staat-Staat-Beziehungen eifrig gepflegt, gleichzeitig aber auch chinesischerseits die in Birma kämpfenden Partisanen unterstützt wurden, und zwar - den Phasen der sino-birmanischen Beziehungen folgend - manchmal nur verbal, dann aber auch wieder, wie zur Zeit der Kulturrevolution, durch reguläre Waffenlieferungen (zu den einzelnen Formen der Unterstützung vgl. Oskar Weggel, "Birma, seine innenpolitischen Probleme, seine Außenpolitik und sein Verhältnis zu Peking", C.a. Januar 1976, S.876-899 (884 ff.)). U.a. sendet die "Stimme der birmanischen Revolution", ein Partisanensender, von China aus. Als im Jahre 1976 der Chef der pekingorientierten "Weißen Flagge" von Regierungstruppen getötet wurde, agitierte der Propagandaapparat Pekings mehrere Tage lang gegen die Regierung in Rangun. Damals allerdings stand der Propagandaapparat noch unter dem Einfluß der "Viererbande". Möglicherweise will Peking von dieser zwiespältigen Vergangenheit Abschied nehmen. Anlaß dazu war nicht nur wegen des neuen Kurses der Pekinger Politik gegeben, sondern auch wegen der regen diplomatischen Tätigkeit zwischen den beiden Ländern. Immerhin hatte Ne Win im Jahre 1977 der VR China ja zwei Besuche abgestattet und konnte umgekehrt Teng Ying-chao als Gast aus der Volks-

republik begrüßen.

In den Reden kam das eigentliche Anliegen Birmas allerdings nicht zum Ausdruck. Chinesischerseits wurde nur betont, daß Zweck der Reise "eine weitere Konsolidierung und Stärkung der traditionellen Freundschaft zwischen beiden Ländern" sei (NCNA, 26.1.78). Auch sprach sich Teng Hsiao-p'ing bei seiner Bankettrede "eindeutig gegen die Herstellung von Hegemonie durch irgendein Land in irgendeinem Teil der Welt aus" (NCNA, 27.1.78)

Im Anschluß an seinen sechstägigen offiziellen Besuch in Birma reiste Teng zu einer dreitägigen Visite (3.-6. Februar) des Himalayastaates Nepal weiter

(5) Pekingorientierte KP setzt sich im indischen Tripura durch

Die Kommunistisch-Marxistische Partei Indiens (KPIM) hat bei den Wahlen im nordindischen Bundesstaat Tripura 49 der 60 Sitze im regionalen Parlament errungen. Weder die Kongreßpartei noch der in Delhi regierende Janata-Block brachten einen Abgeordneten durch.

Obwohl Tripura nur rd. 2 Mio. Einwohner zählt, steht es doch neben Assam und dem Nagaland im Bereich der strategisch besonders zu beachtenden Nordostgebiete. Einmal grenzt es unmittelbar an das seit dem Sturz Mujibur Rahmans zu Indien in Spannung stehende Bangladesch, zum anderen befindet sich hier ein völkisch hochexplosives Gebiet, auf das auch die VR China indirekten Einfluß hat.

(6) Neue Entwicklungen im Dreieck Tokio-Moskau-Peking?

Am 8. Januar begannen zum fünften Mal die regelmäßigen Konsultationen zwischen den Außenministern Japans und der Sowjetunion, bei denen wieder einmal, wie schon in der Vergangenheit, die leidige Frage der vier von Japan beanspruchten und von der Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkriegs vereinnahmten Kurilen-Inseln im Vordergrund stand. Die Kurilenfrage hat seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Jahre 1956 immer wieder eine Schlüsselrolle gespielt und verhindert, daß sich beide Länder politisch näherkamen. Besonders verärgert war Japan bei den Januar-Verhandlungen über die Weigerung des sowjetischen Außenministers Kossygin, die Existenz einer Territorialfrage überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Noch 1973 hatte derselbe Kossygin ein Kommuniqué mit dem damaligen japanischen Regierungschef Tanaka unterschrieben, in dem von den "seit dem Zweiten Weltkrieg noch ungelösten Problemen" die Rede war.

Diesmal fanden die Verhandlungen in Moskau statt. 1976 war Tokio Tagungsort. Bei beiden Zusammenkünften zeigten die Sowjets ein so rigoroses Ablehnungsverhalten, daß die formbewußten Japaner jedesmal schockiert waren.

Die mißliche Situation hat aber auch ihre Vorteile, insofern Tokio nun auch die letzten Hemmungen los wird, mit der VR China einen den chinesischen Vorstellungen entsprechenden Friedensvertrag abzuschließen.

Schon seit Jahren warnt Moskau die Japaner immer wieder davor, mit Peking einen solchen anti-

sowjetisch formulierten Friedensvertrag abzuschließen. In der Zwischenzeit liegt angeblich bereits der offizielle Entwurf eines Friedens- und Freundschaftsvertrags vor, der möglicherweise als Versuchsballon gedacht ist, um die Reaktion Moskaus und Pekings zu testen. Der Vertragsentwurf soll eine Nichtangriffsklausel enthalten, die beide Seiten verpflichtet, bilaterale Streitfragen auf friedliche Weise zu lösen. Der Vertrag soll ferner unbefristet gültig sein und die von Peking geforderte, von den Sowjets aber bekämpfte Antihegemonieklausel enthalten (Die Klausel enthält die Aussage, daß weder Japan noch China Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum ausüben wollten und daß sie beide auch nicht dulden würden, daß eine dritte - nicht beim Namen genannte - Macht eine solche Hegemonie ausübte)

Nach einer Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo soll der japanische Botschafter in Peking, Shoji Sato, mit dem Präsidenten der chinesisch-japanischen Vereinigung, Liao Cheng-chih, bereits erneut in Verhandlungen über den Abschluß des so lange schon anstehenden Friedens- und Freundschaftsvertrages eingetreten sein.

Pekings Kommentar (NCNA, 25.1.78): "Auf dem Treffen zwischen dem japanischen und sowjetischen Außenminister, das jüngst in Moskau stattfand, gab es eine hitzige Debatte. Nach dem Treffen der beiden Minister wurde nicht einmal ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Warum? Der Grund liegt genau in dem sowjetischen Beharren auf der weiteren Besetzung der nördlichen Territorien Japans. Die Sowjetunion weigert sich nicht nur, diese Territorien zurückzugeben, sondern sie leugnet sogar die Tatsache, daß es offene Probleme - einschließlich der Territorialfrage - zwischen beiden Ländern gibt". Ein sowjetischer Offizieller habe gefordert, daß "wir damit aufhören müssen, etwas zu erörtern, das in der Tat nicht existent ist. Die japanisch-sowjetischen Beziehungen können sich nur aufgrund folgender Alternativen entwickeln: durch die Förderung der von der Sowjetunion vorgeschlagenen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Fernostgebiet Sibirien oder durch den Abschluß eines Vertrags über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit". Dazu der Hsinhua-Kommentar: "Um es deutlich zu sagen, meinte er damit, daß Japan allein die Verpflichtung habe, der Sowjetunion für gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit Geldmittel und Technologie zur Verfügung zu stellen, jedoch nicht das Recht habe, von der Sowjetunion die Rückgabe der Japan gehörenden Territorien zu fordern, weil eine solche Forderung einen 'Schatten' auf die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern werfen würde und man folglich nicht von guter Nachbarschaft sprechen könne".

(7) Chinesisch-koreanische Grenzschiifahrtsbeziehungen

Anders als die Arbeit der Gemeinsamen Chinesisch-Sowjetischen Grenzschiifahrtskommission, bei der es immer wieder zu Reibungen kommt (Näheres dazu Oskar Weggel, "Durchbruch bei den Grenzschiifahrtsverhandlungen?", C.a. November 1977, S. 860 ff.) hat sich die Zusammenarbeit bei den chinesisch-koreanischen Grenzschiifahrtsbeziehungen seit nunmehr fast zwanzig Jahren positiv entwickelt. Im Januar 1978 fand das 17. Treffen der Gemeinsamen Kommission statt, bei der routinemäßig neue, nötig gewordene Vereinbarungen unterzeichnet werden

konnten.

Die Vereinbarungen wurden in Anwesenheit des Stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Provinz Liaoning unterzeichnet, und zwar in der Stadt Shenyang. Die Verhandlungen hatten fast einen Monat gedauert, nachdem die "koreanischen Waffenbrüder hier bereits am 28. Dezember 1977 eingetroffen waren" (NCNA, 27.1.78).

Die Gemeinsame Kommission arbeitet aufgrund eines zwischen China und der DVR Korea am 23.5.1960 geschlossenen Abkommens "über die Zusammenarbeit beim Befahren der Grenzflüsse beider Länder" (Näheres "Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten, Teil V: Verträge mit kommunistischen Staaten", bearbeitet im Institut für Asienkunde Hamburg, Band XII/5 der Schriften des IfA, Wiesbaden 1971, S.226). Die damals getroffenen Rahmenrichtlinien wurden bei der dritten Sitzung der chinesisch-koreanischen Kommission am 25.11.1963 durch ein erneutes Abkommen präzisiert, in dem die "Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung der Grenzflüsse Yalu und Tumen für das Jahr 1964" festgelegt wurde (ebenda, 228). Im Laufe der Jahre kam es immer wieder zu neuen Abmachungen, mit denen beide Parteien sich jeweils an die veränderten Verhältnisse anpaßten, so z.B. im Jahr 1965 anlässlich der 5.Sitzung der Kommission (ebenda, 230).

AUSLÄNDER IN DER VRCh

(8) Kurzreisen nach Kanton

Neuartige Kurzreisen in die Volksrepublik China bieten die Touropa-Spezial-Fernreisen vom 5. Februar an im Programm ihrer Charterflüge nach Bangkok und Hong Kong an. In jeder Woche fahren die Teilnehmer am Samstag mit dem Zug nach Kanton und kehren am Dienstag zurück. Das viertägige Arrangement mit voller Verpflegung soll etwa DM 500,- kosten. Das Einreisevisum für die Volksrepublik China wird in Hong Kong erteilt, die Teilnehmer sollten sich dafür Paßfotos mitbringen. Ihre Reisepässe dürfen keine Visa und Stempel aus Südafrika, Rhodesien, Israel und Taiwan und nicht die Berufsbezeichnung "Journalist", "Schriftsteller" oder "Missionar" enthalten. Es wird außerdem darüber verhandelt, diese Kurzreisen zu einem längeren Ausflug, der das Dreieck Kanton/Peking/Nanking einschließt, auszuweiten (FAZ, 12.1.78).

(9) Die Überseechinesen stehen wieder hoch im Kurs

Ende Dezember fand in Peking eine Vorbereitungskonferenz für die geplante gesamtstaatliche Konferenz für Überseechinesen-Angelegenheiten statt, an der die zuständigen Funktionäre aus den Städten Peking, Tientsin und Schanghai, aus den Provinzen Kuangtung, Fukien, Yunnan sowie aus dem Autonomen Gebiet Kuangsi und Vertreter aus 18 zentralen Abteilungen zugegen waren.

Welche Ziele die Überseepolitik der Partei verfolgt, wird von Hsinhua dahingehend erläutert, daß es um die "Ausweitung der patriotischen Einheitsfront und der internationalen Einheitsfront gegenüber dem

Hegemonismus", um die "Festigung der Diktatur des Proletariats" sowie um die Beschleunigung der "Vier Modernisierungen" (auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie, der Verteidigung und der Wissenschaft/Technik) gehe.

Im Gegensatz zu der verfehlten Politik Lin Piaos und der "Viererbande", die die Überseechinesen stets als Verräter und verdächtige Elemente behandelt hätten, komme eine richtige Klassenanalyse zu dem Ergebnis, daß "die meisten Überseechinesen Werktätige sind, nämlich Arbeiter, Bauern und Intellektuelle bis hin zu kleinen Ladenbesitzern und Hausierern. Sie zählen zu den Massen, die die Grundlage der patriotischen Einheitsfront unter den Überseechinesen bilden, und sie sind eine Kraft, auf die wir uns stützen sollten". Nur eine kleine Anzahl von Überseechinesen gehörten der Bourgeoisie an, doch auch sie bestünden "in ihrer überwältigenden Mehrheit aus mittleren und kleinen Kapitalisten". Eines ihrer Hauptmerkmale bestehe darin, daß sie "politisch wie wirtschaftlich vom Imperialismus, Kolonialismus und Monopolkapital unterdrückt und ausgebeutet werden" - mit dem Ergebnis, daß sie von ihrer Interessenslage her für die patriotische und internationale Einheitsfront geradezu geschaffen seien.

Bereits der stellvertretende Parteivorsitzende Yeh Chien-ying hatte bei der 7.Tagung der Politischen Konsultativkonferenz im Dezember 1977 ähnliche Gedanken vertreten. Die Konsultativkonferenz hatte sich, wie es ja ihre ursprüngliche Aufgabe als Dachorganisation aller wichtigen Nicht-KP-Organisationen ist, an die "Demokratischen Parteien", an die Intellektuellen, an die verschiedenen Religionsgruppen, an "alle Patrioten" (u.a. auch in Taiwan) sowie an die Auslandschinesen gewandt (PRu 1978, Nr.1, S.14-17). Schon ein Blick auf diese Gruppen, die hier zu einer Einheit zusammengefaßt werden, zeigt, daß es der Pekingener Politik darum zu tun ist, an die wissenschaftliche und technische Intelligenz im Ausland zu appellieren (Besuch zahlreicher auslandschinesischer Wissenschaftler in Peking), die Auslandschinesen zur Wiederanknüpfung persönlicher Kontakte zu ermutigen (u.a. gehört hierher auch die Wiederaufnahme von Geldsendungen an Verwandte in China) und nicht zuletzt ein verbessertes Klima für die langfristige Lösung der Taiwan-Frage zu schaffen.

Peking hat bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit drei Ländern Südostasiens, in denen zahlreiche Auslandschinesen leben, nämlich mit Thailand, Malaysia und den Philippinen, bereits Optionsklauseln vereinbart, die es allen dort lebenden Auslandschinesen freistellen, ob sie sich für die chinesische Staatsangehörigkeit oder aber für die Nationalität ihrer Gastländer entscheiden wollen. Sollten sie die erstere Alternative wählen, so würden sie von China angewiesen, sich an die Gesetze ihrer Gastländer zu halten.

Der Versuch, die 21 Millionen Auslandschinesen u.a. zu einer antihegemonistischen Einheitsfront einzuladen, hat von sowjetischer Seite scharfe Erwidierung erfahren. Die Prawda stellte am 13. Januar fest, daß Peking eine Politik der "5.Kolonnen" betreibe, die für die betreffenden Gastländer gefährlich sei. "Die Völker und Regierungen der Länder Südostasiens wurden mehr als einmal mit subversiven Akten von Agenten Pekings konfrontiert. Gegenwärtig geht es darum, Millionen von Chinesen im Ausland direkt in den Dienst der Großmachtspolitik Pekings zu stellen".

Hsinhua (NCNA, 3.1.78) berichtet, daß die VR China Bestimmungen erlassen wolle, nach denen

einerseits die Einreisegenehmigungen für Auslandschinesen erleichtert und gleichzeitig solchen Chinesen, die Verwandte im Ausland haben, die Ausreise gestattet werden solle. Briefeschreiben, das unter dem Regime der Viererbande noch als "Spionage" verurteilt wurde, sei heute wünschenswert. Bei der Konferenz wurde auch die Verbesserung der Staatsfarmen beschlossen, in der Überseechinesen beschäftigt werden sollen, die sich zur Rückkehr entschließen. Junge Auslandschinesen sollen bevorzugten Zugang zu Universitäten erhalten; bei den Rückwanderern müßten außerdem deren Lebensgewohnheiten berücksichtigt werden.

(10) **Auslandschinesen: bessere Behandlung, engere Beziehungen**

Die chinesische Führung hat sich entschlossen, das Verhältnis zu Auslandschinesen entscheidend zu verbessern. Betroffen sind Auslandschinesen außerhalb Chinas mit oder ohne chinesischen Paß, in China ansässige zurückgekehrte Auslandschinesen und deren Angehörige in China. Das Ergebnis dieser Politik wird allgemein eine größere Öffnung der Volksrepublik sein, dazu werden wesentlich engere Beziehungen zu den Millionen von Chinesen außerhalb der Volksrepublik möglich. Das wird sich mit Sicherheit in einer wachsenden Loyalität für Peking und größerem Stolz auf das "Mutterland" auszahlen.

Grundsatzdokumente dieser Reorientierung sind ein Artikel in der Volkszeitung von dem ZK-Mitglied Liao Cheng-chih, der in mehreren Fassungen verbreitet wurde, sowie ein Leitartikel der Volkszeitung (Liaos Rede als NCNA-Version, SWB, 6.1.78; volle NCNA-Version, 9.1.78; chinesische Ausgabe in JMJP, 4.1.78; deutsche Fassung des Leitartikels vom 4. in der JMJP in PRu, Nr.3, S.14-16). Vorläufiger Höhepunkt dieser Bemühungen soll eine Nationale Konferenz der Auslandschinesen-Angelegenheiten sein, die inzwischen vorbereitet wird. Eine vorbereitende Nationale Konferenz wurde bereits in Peking abgehalten (SWB, 4.1.78). In diesen Dokumenten wird zunächst die Situation des letzten Jahrzehnts festgehalten. Familienmitglieder von Überseechinesen sowie zurückgekehrte Überseechinesen wurden in China als Personen zweiter Klasse behandelt und als verdächtige Subjekte in vielen Weisen benachteiligt. Besonders seit der Kulturrevolution wurden Überseechinesen als "Bourgeoisie" bezeichnet und alle Beziehungen zu Chinesen im Ausland als "reaktionäre politische Verbindung" abqualifiziert. "Man diskriminierte Familienmitglieder von Überseechinesen und zurückgekehrten Chinesen, schlug auf sie ein, verfolgte sie und traf eine Zahl von Kadern aus dem Bereich der Überseechinesen-Arbeit, indem man falsche Anschuldigungen gegen sie vorbrachte". Ein solches Vorgehen gründete sich vor allem auf ein Dokument aus dem Jahre 1970 "Sechs Artikel für die Behandlung von Kadern, die Beziehungen zum Ausland haben", worin festgehalten war, daß "jeder Kader, der Beziehungen zu Hong Kong und Macao oder zum Ausland hat, ganz gleich, welcher Beschäftigung diese Verwandten nachgehen, mit harter Strafe bedacht werden muß, wenn er fortfährt, politische und finanzielle Verbindungen zu ihnen aufrechtzuerhalten trotz der Erziehung, die man ihnen hat angedeihen lassen". Das Ergebnis war die Entfernung einer Reihe von Kadern aus ihrer Arbeit und die Verfolgung einer Menge von Personen, die sogenannte "Beziehungen

zum Ausland" hatten. "In manchen Gebieten und Einheiten konnte man wegen 'Auslandsbeziehungen' nicht in die Partei, in den Kommunistischen Jugendverband, in die Armee, in die Hochschule aufgenommen, nicht richtig eingesetzt werden und keinen Arbeitsplatz erhalten".

Die neue Politik wird so definiert: Auslandschinesen im Ausland werden aufgefordert, die Nationalität der Länder, in denen sie wohnen, "auf einer freiwilligen Basis" zu übernehmen, d.h. Staatsbürger dieser Länder zu werden. Sie verlieren damit die chinesische Nationalität automatisch; eine Doppelnationalität wird von der Volksrepublik nicht anerkannt. Auf der anderen Seite dürfen Auslandschinesen von ausländischen Regierungen, nach Ansicht Pekings, nicht gezwungen werden, eine bestimmte Staatsangehörigkeit anzunehmen. Chinesen mit ausländischer Staatsangehörigkeit werden trotzdem noch als "Verwandte" angesehen. Diejenigen, die nicht von der chinesischen Staatsangehörigkeit ablassen, fallen politisch an die Volksrepublik. Der Staat hat die Pflicht, ihre legitimen Rechte und Interessen zu schützen. Dazu erfolgt ein Appell Pekings an ausländische Regierungen, diese legitimen Rechte und Interessen zu respektieren sowie nationale Traditionen und Sitten. Die Beziehungen zum Inland sollen erleichtert werden durch größere Reisemöglichkeiten. Dabei wird ausdrücklich betont, daß auch Chinesen ins Ausland zum Besuch ihrer Verwandten reisen dürfen. Der Briefverkehr soll erleichtert werden. Eine solche Beziehung soll als normale und sogar erwünschte Beziehung anzusehen sein. Über die für den Chinesenstaat außerordentlich wichtige Seite des Devisengewinns durch Überweisungen vom Ausland nach China ist gesagt, daß solche Einkommen von Chinesen innerhalb der Volksrepublik in Zukunft als durchaus normal anzusehen seien, weil es sich schließlich um Einkommen handle, das von Familien bzw. Verwandten im Ausland durch eigener Hände Arbeit geschaffen sei. Politisch gesehen soll mit der Erweiterung der diplomatischen Arbeit Chinas die Verbindung zu den Auslandschinesen auch organisatorisch enger gestaltet werden; weiter haben dazu die Formalitäten der Überprüfungs- und Genehmigungsverfahren von Chinesen, die ihre Verwandten im Ausland besuchen wollen, vereinfacht zu werden. Mit solchen Kontakten will man die Gruppe der Auslandschinesen, die Taiwan gegenüber sich loyal verpflichtet fühlen, verringern und damit "die Chiang-Bande isolieren". Durch solche neuen Freundschaften werde man der Befreiung Taiwans entgegenarbeiten. Auch das Sicherheitsproblem wird angesprochen. Ein paar feindliche Agenten (Chinesen) würden sich sicherlich unter den Überseechinesen verbergen und sich in China zu Sabotage und Spionagetätigkeit einschleichen. Doch die Reihen der feindlichen Agenten würden sich immer mehr lichten. Sie seien kaum mehr erwähnenswert.

Die nach China zurückgekehrten Auslandschinesen werden wieder organisiert. In verschiedenen Provinzen sind Konferenzen solcher zurückgekehrter Chinesen abgehalten worden; zum Neujahr gab es in Peking einen Empfang für diese Gruppe (SWB, 12., 13.1.78). Ein weiteres Forum in Peking wurde Ende Januar von dem "Allchinesischen Verband für zurückgekehrte Überseechinesen" abgehalten (SWB, 2.2.78), der damit seine Aktivitäten erstmals wieder aufnehmen konnte. Aufgaben, die man ansteuert, sind eine gute Aufnahme von Chinesen, die sich zur endgültigen Rückkehr in die Volksrepublik entschlossen haben, der

Wiederaufbau der speziellen Schulen für zurückgekehrte Auslandschinesen-Studenten sowie die Förderung der speziellen Farmen für Überseechinesen.

INNENPOLITIK

(11) **Zur Einberufung des Volkskongresses und Verabschiedung der Verfassung**

Der Generalsekretär der Chinesisch-Japanischen Freundschaftsgesellschaft, Sun Ping-hua, stellte fest (SWB, 17.1.78), der 5.Nationale Volkskongreß werde im Februar zusammentreten. Ein anderer führender chinesischer Kader stellte in einem Kyodo-Interview fest (SWB, 18.1.78), der Volkskongreß werde erst Anfang März zusammentreten. Sun erwähnte, daß Exemplare des neuen Verfassungsentwurfes innerhalb der unteren Organisationen der Partei verteilt seien sowie auch in Produktionseinheiten, die in Form von Massenstudium einen Vergleich mit der unter dem Zeichen der Linken Fraktion verabschiedeten Fassung des 4.Nationalen Volkskongresses von 1975 durchführten. Man ließ durchblicken (Tanjug, 25.1.78), daß das nach dem Sturz des damaligen Präsidenten Liu Shaoh-ch'i abgeschaffte Amt des Staatspräsidenten wahrscheinlich nicht wieder eingeführt, sondern in der neuen chinesischen Verfassung das Prinzip beibehalten werde, daß der Vorsitzende des Ständigen Komitees des chinesischen Nationalen Volkskongresses wie bisher die Funktion des Staatsoberhauptes übernehme. Um einen demokratischeren Auswahlprozeß zu garantieren, soll in der neuen Verfassung auf geheime Stimmabgabe bei den Wahlen der Delegierten und Volksvertreter Wert gelegt werden.

(12) **Regionale Volkskongresse und Wahl neuer Revolutionskomitees auf Provinzebene**

Als Vorbereitung für den 5.Volkskongreß haben alle Provinzen ihre regionalen Volkskongresse abgehalten und neue Revolutionskomitees gewählt. Damit wurden die Umbesetzungen in den regionalen Führungen abgeschlossen. In mehreren Provinzen hat man sich bemüht, eine größere Demokratisierung im Auswahlprozeß durchzusetzen. So wird über die Wahl einzelner Revolutionskomitees in der Volkszeitung direkt festgehalten, daß sie durch die Abgabe "anonymer Stimmzettel" erfolgt sei (z.B. JMJP, 15.12.77, 25.1.78). Die Provinzen, die bis Ende Januar noch ausstanden, waren Sinkiang und Kiangsi, was wohl als Anzeichen gedeutet werden kann, daß gewisse Schwierigkeiten bei der personellen Reorganisation bestanden. Ein Hinweis darauf ist die Tatsache, daß Wang Feng Saifudin als Erster Sekretär des regionalen Parteikomitees ablöste (SWB, 2.2.78). Ein weiterer Hinweis darauf könnte die Aussage einer wichtigen Partei- und Armeetagung sein, daß "wir niemals Führungsgruppen wählen sollten, in denen 'Schwankende', Opportunisten oder Leute der Fraktion der 'Durchschlängler' sind, die sich daran gewöhnt haben, ihre eigenen Fehler anderen anzulasten, die vorgeben, immer recht zu haben, und versuchen, ihre Verfehlungen zu verschleiern, die ernsthafte Fehler begangen haben und dennoch eine sehr schlechte Haltung an den Tag legen." Eine Promotion Saifudins kann nicht

ausgeschlossen werden. Auf den Provinz-Volkskongressen wurden von führenden Kadern Grundsatzreden gehalten, die einen informativen Rückblick über die politische Entwicklung der letzten Jahre, die Fraktionsauseinandersetzungen auf Provinzebene, die Säuberung in Partei, Regierung, Verwaltung und der Armee auf regionaler Ebene behandeln. Des Weiteren wird eine ziemlich konkrete Übersicht über die allgemeine Planung für das Jahr 1978 und darüber hinaus auf der jeweiligen Provinzebene gegeben. Ausführlichere Berichte auf regionalen Volkskongressen waren z.B. derjenige von Wang En-mao auf dem Kirin-Kongreß (SWB, 11.1.78), der von Yang Yi-chen auf dem Kongreß von Heilungkiang (SWB, 13.1.78) und Sung Pings Bericht auf dem Volkskongreß von Kansu (SWB, 11.1.78)

(13) **Zur Politischen Konsultativkonferenz auf nationaler und regionaler Ebene**

In Vorbereitung auf den 5.Nationalen Volkskongreß haben sich die Politischen Konsultativkonferenzen auf Provinzebene nahezu vollständig reorganisiert und sind zu ersten Plenarsitzungen der 4.Provinzkomitees der jeweiligen Politischen Konsultativkonferenz zusammengetreten (Übersichten in SWB, 12.1.78, 7.1.78 und 20.1.78). Praktisch waren diese Gremien über ein Jahrzehnt ausgelöscht gewesen. Zur Vorbereitung des Nationalen Kongresses der Politischen Konsultativkonferenz, die parallel zum 5.Volkskongreß abgehalten werden soll, um die gemäßigte Politik der Vereinten Front zu dokumentieren, trat zwischen dem 27. und 29.12.77 das 4.Nationale Komitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes zusammen, um die 5.Konferenz vorzubereiten. Yeh Chien-ying, stellvertretender Vorsitzender des Nationalkomitees, hielt eine Grundsatzrede (SWB, 5.1.78), dazu der stellvertretende Präsident der Akademie der Wissenschaften Fang Yi über den Bereich von Wissenschaft und Erziehung. Hierbei traten erstmals die "patriotischen" Demokratischen Parteien wieder in den Vordergrund, die von der radikalen Fraktion völlig beiseitegeschoben worden waren. Zu den Demokratischen Parteien gehören die "Studiengesellschaft vom 3.September", die "Liga für die Demokratische Selbstverwaltung Taiwans", das "Revolutionäre Komitee der KMT", die "Chinesische Vereinigung zur Förderung der Demokratie", die "Chinesische Demokratische Aufbauvereinigung", der "Demokratische Bund Chinas", die "Chinesische Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei" sowie die "Chinesische Volkswohlpartei". Die Vereinte Front muß aus sehr betagten Herren bestehen, denn Yeh Chien-ying wies darauf hin, daß einige der Teilnehmer in den sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahren ihres Lebens seien.

(14) **Vorstufen des Wiederaufbaus der Massenorganisationen: Gewerkschaften und Frauenverband**

Erste Schritte werden unternommen, die Massenorganisationen zu reorganisieren. Sie waren Anfang der siebziger Jahre nach der völligen Zerschlagung während der Kulturrevolution reorganisiert worden und entwickelten sich durch eine umsichtige Personalpolitik der Linken Fraktion zu einem Organ dieser politischen Kräfte. Die Reorganisation wurde bis auf